



Vorlage Nr.: KTB/336

13.09.2005

Beschlussvorlage

öffentlich

für den	Berichterstatter	Sitzung am	TOP
Sozial- und Gesundheitsausschuss	Dezernent IV	12.09.2005	
Kreisausschuss	Dezernent IV	20.09.2005	23.1
Kreistag	Dezernent IV	26.09.2005	22

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 12.09.2005

- Bereitstellung von Mitteln / Befreiung vom Eigenanteil bei Lehrmitteln -

Beschlussvorschlag: siehe Anlage

Erläuterungen zur Sach- und Rechtslage:

(Bei Maßnahmen mit Auswirkungen auf Umwelt, Gleichstellung oder Finanzen ist in den Erläuterungen darauf besonders einzugehen)

Der Antrag ist als Anlage beigefügt.

Ämter	Amtsleiter/in	Dezernent/in	Kreisdirektor	Landrat
13	gez. Schmidt			
				gez. Welt

Beratungs- ergebnis	☐ gemäß Beschlussvorschlag		☐ abweichender Beschluss	
	☐ einstimmig	Ja:	Nein:	Enth.:

An den
Landrat des Kreises Recklinghausen
Herrn Jochen Welt
Kurt-Schumacher-Allee 1
Recklinghausen

12.09.2005

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Landrat,

durch ein Versäumnis der Landesregierung bei der Angleichung der Richtlinien und Ausführungsbestimmungen der Hartz IV Gesetzgebung, ist es zu einer Ungleichbehandlung bei der Lehrmittelbefreiung zwischen Sozialhilfeempfängern und den Empfängern von Arbeitslosengeld II, die früher keine Sozialhilfe bezogen haben, gekommen.

Die Städte des Kreises, allesamt HSK Gemeinden, dürfen durch Auflagen der Kommunalaufsicht, die Mittel, um hier einen Ausgleich zu schaffen, nicht zur Verfügung stellen.

Was auch immer angesichts gesetzlicher Regelungen nicht statthaft sein soll, muss in diesem Fall nachrangig sein. Es geht darum den Familien zu helfen und den Kindern von Arbeitslosengeld II Empfängern eine gute Ausbildung zu ermöglichen und ihnen die gleichen Bildungschancen wie anderen Kindern zu gewähren.

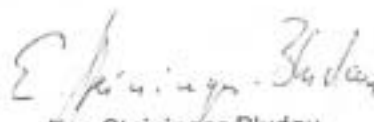
Wir beantragen deshalb:

Der Kreistag möge beschließen, Mittel von ca. 200 000 € bereitzustellen, um kreisweit Arbeitslosengeld II Empfängern die keine Befreiung vom Eigenanteil bei Lehrmittel haben, diese zu gewähren.

Darüber hinaus fordern wir Bund und Land auf dafür zu sorgen, dass in Zukunft diese Kosten nicht bei Kreis oder Kommunen bleiben.

Mit freundlichen Grüßen


Uwe Gorski


Eva Steininger-Bludau


Eva Stuckel